

## **Offener Brief zu Veröffentlichungen über die von Bundesminister Wolfgang Clement als in „großem Stil“ „parasitär“ eingeschätzten Arbeitslosen:**

### ***Offener Brief an Wirtschafts- und Arbeitsminister Wolfgang Clement***

Sehr geehrter Herr Clement,  
mit Bestürzung und großer Sorge haben wir, Arbeitslose wie Erwerbstätige, Ihren Report „*Vorrang für die Anständigen – gegen Missbrauch, „Abzocke“ und Selbstbedienung im Sozialstaat*“ zur Kenntnis genommen. Sie erklären in dem Report, dass von Arbeitslosen Missbrauch „in großem Stil“ betrieben werde, ohne diese Aussage empirisch belegen zu können, verallgemeinern Ausnahmefälle des Sozialmissbrauchs zu Regelfällen und verwenden in Zusammenhang mit den vorgeblich zahlreichen sozialbetrügerischen Arbeitslosen Begrifflichkeiten wie „Parasiten“, die nicht allein geschmacklos, sondern durch ihre menschliche Abwertung und ihren ausgrenzenden Charakter zudem entwürdigend und ehrverletzend sind. Ihr Report stellt u.E. damit sowohl einen Verstoß gegen das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland dar (Artikel 5, Absatz 1: Schutz der persönlichen Ehre) wie auch gegen etliche Bestimmungen des deutschen Strafrechts (§130: Volksverhetzung, §185: Beleidigung, §186: üble Nachrede, §187: Verleumdung). Sie verschweigen in diesem Zusammenhang, dass der reale Grund für die Kostensteigerungen im Alg II-Bereich eine beträchtliche Ausweitung der Anspruchsberechtigten und die massive Vergrößerung der Arbeits-/Sozialverwaltungen sind – **ohne dass die Vermittlungsarbeit hierdurch verbessert worden wäre.**

Wir beobachten seit langem, dass Sie vorgebliche Fakten über sozialmissbräuchliches Verhalten bei Arbeitslosen in den Medien ständig wiederholen und Grenzfälle von Sozialmissbrauch generalisieren. Sie zeigen damit, ebenso wie die JournalistInnen, die diese Informationstechnik aufgreifen, ein politisches Verhalten, das nach Darstellung von SozialwissenschaftlerInnen (siehe z.B. Wogawa, 2000, Hirschmann, 1992) üblicherweise verwandt wird, um die gesellschaftliche Akzeptanz von Sozialleistungen überhaupt zu mindern. Nach sozialwissenschaftlichen Erkenntnissen geht es VertreterInnen des Missbrauchsarguments, die keine empirischen Belege für Ihre Behauptungen vorweisen können, nicht in erster Linie um Verhinderung von Missbrauch – dieser ist durch entsprechende Zusatzregelungen in Gesetzen in der Regel weitgehend ausgeschlossen – sondern vielmehr darum,

### **Sozialmissbrauch als das Hauptproblem des Sozialstaats darzustellen, mit dem Ziel, Kürzungspolitik ohne großen Widerstand realisieren zu können.**

Durch die ständig im Gespräch gehaltene Missbrauchsdebatte wird zudem von den Ursachen, Verursachern und Profiteuren der Arbeitslosigkeit abgelenkt, die die eigentlichen Adressaten der Auseinandersetzung eines Wirtschafts- und Arbeitsministers sein sollten. Deutschland ist im internationalen Vergleich extrem wohlhabend; der Wohlstand dieses Landes wächst in großem Tempo; es gibt viele Aufgaben, die erfüllt werden müssten. Niemand müsste bei Verfolgung einer sozial gerechten Politik hierzulande arm oder arbeitslos sein. In den letzten Jahrzehnten wird **über das politische Instrument der Arbeitslosigkeit** (im Gefolge auch über Lohnsenkungen) jedoch eine Umverteilung von unten nach oben betrieben, die immer mehr Reiche und Arme produziert, durch Hartz IV allein 700.000 zusätzlich in Armut gedrängte Kinder. Profiteure dieser Umverteilung sind (Export-)Unternehmer, Manager, Aktionäre und Spitzenverdiener, zu denen auch PolitikerInnen und ParlamentarierInnen gehören. Die von Ihnen forcierte Missbrauchdebatte verschweigt diese Entwicklung. Sie verschweigt zudem, dass durch die Hartz I bis IV-Politik **in großem Stil** sozialversicherte Arbeitsplätze abgebaut und in Mini-Jobs und 1-Euro-Jobs umgewandelt werden, was die Zahl der Gesamtarbeitsplätze erhöht, ein existenzsicherndes Einkommen hingegen für immer mehr Menschen verhindert und zudem die **Finanzierung der Sozialversicherungen massiv gefährdet**. Die Debatte verschweigt zudem, dass nicht allein Unternehmen (selbst bei guter Ertragslage) Arbeitsplätze unsanktioniert streichen können, sondern dass auch der Staat (Bund, Länder und Kommunen) Arbeitsplätze **in großem Stil** abbaut, oft als Vorreiter der Unternehmen – da Bund und

Länder ihrer Pflicht, Steuern in ausreichendem Umfang insbesondere bei begüterten BürgerInnen einzuziehen, nicht zuverlässig nachkommen (chronische personelle Unterbesetzung der Finanzämter). Dass zudem seit vielen Jahren eine **Politik der Steuerreduktion zum Vorteil von SpitzenverdienerInnen und Unternehmen und eine Abgabenbelastung von KleinverdienerInnen** betrieben wird, mit dem Ergebnis, dass die öffentliche Hand immer weniger Geld für Arbeitsstellen, Gemeinwohlaufgaben und Zuschüsse zu den Sozialversicherungen besitzt (Politik der selbst verursachten öffentlichen Armut) und dass es bei Millionen Menschen auch hierdurch an Kaufkraft mangelt.

Uns beunruhigt Ihr Verhalten gegenüber Arbeitslosen auch aus einem anderen Grund: Empirisch unbelegte, pauschalierte Vorwürfe gegenüber politisch wehrlosen Sozialgruppen können, wie die deutsche Geschichte zeigt, destabilisierend auf die Demokratie insgesamt wirken. SozialwissenschaftlerInnen haben uns in den letzten Jahrzehnten darauf hingewiesen, dass autoritäre Regime nicht über Nacht in ein Land einbrechen. Sie werden vielmehr durch gesellschaftlich akzeptierte Vorformen politischer Gewalt sukzessive eingeführt. Der Bielefelder Sozialwissenschaftler Heitmeyer zählt zu diesen Vorformen politischer Gewalt Ignoranz, Abwertung, Verleumdung und Ausgrenzung. Die von Ihnen im Report über Sozialmissbrauch durch Arbeitslose präsentierten „Fakten“ und Begrifflichkeiten („Parasiten“) erfüllen diesen Tatbestand auf das Beunruhigendste und wären gegenüber anderen, in der Nazizeit verfolgten Gruppen wie JüdInnen, Homosexuellen, Zeugen Jehovas etc. zwischenzeitlich undenkbar. Im Hinblick auf die besondere geschichtliche Verantwortung Deutschlands auf Grund der Nazizeit muss es allen, insbesondere aber PolitikerInnen, darum gehen, Formen politischer/staatlicher Gewalt, vor allem **Gewalt durch Sündenbockproduktion und das Anbieten vergleichsweise wehrloser BürgerInnen (Arbeitslose) als Aggressionsventil für viele** nicht nur zu vermeiden, sondern konsequent zu unterbinden und zu ahnden.

**Wir begrüßen deshalb auch ausdrücklich die Strafanzeigen einiger Arbeitsloser und Erwerbstätiger gegen Ihre Person.**

Arbeitslose sind keine Asozialen, Herr Clement, sondern BürgerInnen, denen menschen- rechtswidrig das Recht auf einen existenzsichernden Arbeitsplatz vorenthalten wird (Artikel 23 UNO-Menschenrechtskonvention, von der Bundesrepublik unterschrieben). Nicht Arbeitslose betrügen den Staat, sondern der Staat betrügt Arbeitslose, um existenzsichernde Arbeitsplätze nämlich. Arbeitslose werden zur Untätigkeit gezwungen und sind Symptomträger einer falschen Wirtschafts-, Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik. Sie verdienen Verständnis, Mitgefühl, Hilfe, Arbeitsplätze, Schadensersatz und Schmerzensgeld, nicht Pauschalverdächtigungen, Beschimpfungen und Beleidigungen..

**Nicht die Arbeitslosen haben versagt, Herr Clement, sondern Sie haben versagt.**

Dies sollte insbesondere für Sie kein Grund sein, die Opfer ihrer erfolglosen und gänzlich unzulänglichen Politik (völlig falsche Einschätzung der Hartz-IV-Kosten, Vernichtung sozialversicherter Arbeitsplätze, mangelnde Zivilcourage, sich mit Ursachen, Verursachern und Profiteuren der Arbeitslosigkeit auseinander zu setzen etc.) zu Tätern zu machen.

**Entschuldigen Sie sich bei den Arbeitslosen, Herr Clement, und üben Sie Wiedergutmachung !**

Literatur:

Wogawa, Diana (2000): Missbrauch im Sozialstaat, Wiesbaden, Westdeutscher Verlag; Hirschmann, Albert O. (1992): Denken gegen die Zukunft. Die Rhetorik der Reaktion, Frankfurt/M.: Carl Hanser Verlag; Heitmeyer, Wilhelm (2002): Deutsche Zustände, Frankfurt/M.: Suhrkamp; UNO-Menschenrechtskonvention, Artikel 23, Absatz 1 vom 10.12.1948

**V.i.S.d.P.: GALG (Gewerkschaftliche Arbeitslosengruppe Göttingen)**